Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 218. **Donnerstag** den 6. August 1885. **79. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Laut Angabe des am 8. Mai 1868 hier geborenen Tischlers **Karl Friedrich Rudolf Portmann** ist dessen von uns im Jahre 1883 unter Nr. 666 ausgestelltes Arbeitsbuch in hiesiger Stadt abhanden gekommen.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib gedachten Buches bitten wir hier anzeigen, bez. dasselbe im Auffindungsfalle anher Ostmarkt 3, 2. Etage einliefern zu wollen.

Leipzig, den 31. Juli 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trdublin. Reichel.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1880 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempnermeister Herr **Paul Petzold**, Windmühlenstraße Nr. 12, zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 3. August 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trömdlin. Wolfram.

Erneuert

wird die am 13. Mai ifd. Js. erlassene Bekanntmachung, den Aufenthalt der Wirthschafterin **Minna Agnes** verw. **Uhlig** aus Merseburg betreffend.

Leipzig, den 1. August 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armenamt.
Dr. Trömdlin. Schilde.

Auction.

Im Auctionslocale des hiesigen **Königlichen Amtsgerichts** sollen
Dienstag, den 11. August 1885,
von Vormittags 10 Uhr an
verschiedene Pfänder, als: 1 altdeutscher Kaminofen, 1 Lederwalkmaschine, 1 Wäschekartenpresse, 1 Pianino, verschiedene Bücher, 1 Partie Schuhe, Stiefel und Stiefeletten, sowie eine Anzahl Kubikes öffentlich gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 4. August 1885.

Der Gerichtsvollzieher beim Königlichen Amtsgericht daselbst.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Parteilage.

I.

* Je mehr der Hochhammer vorrückt und je mehr es an politischem Stoff mangelt, je weniger praktische Politik getrieben wird und je weniger actuelle Fragen zu erörtern sind, desto mehr begegnen wir in der Unterhaltung und in der Presse „parteiphilosophischen" Betrachtungen. Je näher es zu den Wahlen geht, um so mehr lassen die Blätter die einzelnen Parteien Revue passiren. In langen Artikeln bemühen sich die Organe der öffentlichen Meinung, den späteren öffentlichen Rednern vorgreifend, ihrem Publicum auseinander zu setzen, daß nur die Partei, welche das betreffende Blatt gerade vertritt, etwas geleistet, daß alle anderen Parteien lediglich ein Füllhorn von Versprechungen geboten, aber nichts gehalten haben. Die logische Folge sei unabweisbar; nur im Anschluß an die betreffende Partei liege das Heil, die Entscheidung für eine andere Richtung bringe dem politischen Ganzen, dem Stande, dem Reiche, dem Vaterlande nicht allein keinen Vortheil, sondern drohe ernstlich Gefahr.

Seit einigen Wochen nun begegnen wir in den Blättern der verschiedensten Färbung, von der feudalen „Kreuzzeitung" bis zum demokratisch-radicalen „Reichsfreund", ebenso wie in der „Post" und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" Erörterungen über das Verhalten der nationalliberalen Partei. Wir brauchen nicht zu sagen, daß auch die ultramontanen Blätter, die „Germania" voran, uns in ihr Herz geschlossen haben in ihrer Weise, und alle diese Blätter werden nicht müde, uns zu verwarnen, uns gute Rathschläge zu geben, Lehren zu ertheilen, uns bald zu loben, bald zu schelten — lediglich natürlich im Interesse der Nationalliberalen.

Die Auffassung dieser unserer uns so wohl berathenden Freunde, welche uns mit einem Male von allen Seiten erwachsen, ist kurz und leicht zu charakterisiren. Alle diese Auseinandersetzungen gipfeln in dem einen Satze: Die Nationalliberalen wissen nicht, was eigentlich „nationalliberal" ist, und was aus den nationalliberalen Grundsätzen zu folgern ist; denn, so sagt kurzweg die „Kreuzzeitung", wenn die Nationalliberalen wirklich nationalliberal sind, so müssen sie sich einfach uns anschließen und unterordnen, d. h. in der conservativen Partei aufgehen oder gar feudal-reactionär werden. Der „Reichsfreund", die „Berliner Zeitung" und tutti quanti behaupten: Die „richtigen" Nationalliberalen können gar nicht anders als „deutschfreisinnig" sein; folgen sie nicht unserer Fahne, sagt Herr Baumbach, dann sind sie nicht nationalliberal, dann dürfen sie sich auch nicht so nennen.

Mit Verlaub, verehrte „Kreuzzeitung" und lieber „Reichsfreund"! Zunächst sei uns gestattet, daran zu erinnern, daß die nationalliberale Partei seit Jahren von Euch und Eurem Freunden nicht nur todt gesagt, sondern daß ihr auch wiederholt in aller Form der Tod attestirt wurde. Also wenn wir todt sind, möchten wir doch bitten, uns ruhen zu lassen; die Forderung des „de mortuis nil nisi bene" zu stellen, verzichten wir gern. Doch das nur nebenbei. Man erkennt, wenn auch nicht mit Worten, so doch durch die schlagendsten Thatsachen, auf der Gegenseite an, daß man sich sehr „geiert", daß die nationalliberale Partei nicht nur lebt, und ihr Dasein den Gegnern in recht fühlbarer Weise merklich macht, sondern auch, daß diese Partei eine recht respectable Größe ist, mit der die Gegner — und um so mehr, je näher die preußischen Neuwahlen heranrücken — zu rechnen gezwungen sind.

Aber daß die nationalliberale Partei lebt und wirkt, verdankt sie eben ihrer Principientreue, welche es ihr unmöglich macht, sich selbst zu opfern und aufzugehen in einer der Parteien, welche rechts oder links vor ihr stehen. Würde sie einmal dem Rathe der unreigennützigen Radicalen von rechts oder links gefolgt sein, dann hätte man ihr längst das Todtenlied singen mögen. Aber wie zu Horaz' Zeiten erscheint uns auch heute noch die goldene Mittelstraße preisenswerth und so wenig es unseren Gegner passen mag: eine nationalliberale Partei wird es der Tendenz nach geben, so lange es ein deutsches Reich geben wird, wenn auch vielleicht der Name sich im Laufe der Zeit verändern mag, und die Nationalliberalen werden immer bleiben ut sunt.

Denn die nationalliberale Partei in Deutschland ist zur Partei geworden, indem sie weite und einflußreiche Kreise der Bevölkerung als Anhänger und Vertheidiger des von ihnen als lebensfähig und ihren Interessen entsprechend anerkannten Programms gewonnen hat. Der ursprünglich sehr theoretische und idealistische Zug des Liberalismus hat diesen doch, sehr zu seinem Vortheil und zum Glück für unsere politische Entwickelung, nie zu dogmatischer Verhärtung geführt, und wie weit ab von allen liberalen constitutionellen „Systemen" die Verfassung des Norddeutschen Bundes und später die Reichsverfassung lag, so haben die Nationalliberalen nicht nur kein Bedenken getragen sie anzunehmen, sondern auch wesentlich mitgewirkt, um dieselbe thunlichst in ihrem Sinne zu verbessern.

Soweit die Nationalliberalen überhaupt Vertreter einer Doctrin sind, steifen sie sich nicht darauf, ein eine für allemal fest abgeschlossenes „System" zu vertreten, sondern wiederholt die jeweils herrschenden theoretischen Ansichten über den Staat und staatliche Dinge, freilich nicht in dem Sinne, daß sie der haltlosen sogenannten öffentlichen Meinung folgten und ihr Staatsideal den flüchtigen Regungen des Tages entleihen; es ist vielmehr die nationalliberale Doctrin in Wahrheit Inhalt und Ausdruck der nationalen politischen Durchschnittsbildung geworden.

Der Nationalliberalismus ist die politische Denk- und Empfindungsweise des gebildeten Mittelstandes, welcher seine Stellung zum Staat nicht von besonderen Interessen oder historischen Ueberlieferungen aus, sondern von seinem allerdings tausendfach abgestuften Wissen und Denken über den Staat nimmt und sich für berechtigt und verpflichtet hält, in Gemäßheit desselben in die Staatspraxis einzugreifen. Die politische Partei der Nationalliberalen deckt sich freilich nicht völlig mit dem bürgerlichen Mittelstand. Viele dieses Standes finden sich auch unter den anderen Parteien, und ebenso hat die nationalliberale Partei auch zahlreiche Anhänger unter dem Adel und in den bäuerlichen Kreisen. Aber der entscheidende Kern der nationalliberalen Partei, aus welchem sie ihre unzerstörbare Kraft zieht, ist und bleibt der gebildete bürgerliche Mittelstand.

Es ist ein großer Fortschritt von dem grauen, theoretischen Liberalismus früherer Tage bis zu den Nationalliberalen, wie wir sie seit Gründung des deutschen Reiches kennen. Der Fortschritt liegt vor Allem in der Auffassung der Staatsgewalt und ihres Verhältnisses zu der individuellen Freiheit der Einzelnen. Der inhaltsleere rationalistische Begriff des bloßen Rechtsstaates ist selbstverständlich von einer in das praktische Leben eingreifenden politischen Partei bei ihrem Handeln niemals ernstlich einzuhalten. Indessen der frühere Liberalismus war doch während langer Zeiten in einer entschiedenen Vorliebe für die individuelle Freiheit befangen, welche ihn bei manchmal unvermeidlichen Collisionen zwischen ihr und der Staatsgewalt im Zweifel für sie und gegen jene Partei nehmen ließ. Das ist anders, d. h. besser geworden. Die nationalliberale Partei ist eine entschiedene Mittelpartei, welche Autorität und Majorität zugleich anerkennt, den Staat nicht als ein nothwendiges Uebel betrachtet und ihm deshalb Nachtwächterdienste zuweist, aber dabei doch der Freiheit der Persönlichkeit die nothwendigen Bürgschaften nicht versagt. Das ist **national**, das ist **liberal**, das ist **nationalliberal**.

Leipzig, 6. August 1885.

* Einem Artikel des Pariser „Temps", welcher unter der Gestalt einer militärtechnischen Studie über die Nothwendigkeit schleuniger Vermehrung der französischen Cavalleriegarnisonen längs der Ostgrenze in bedenklichster Weise zu Gunsten des Revanchegedankens demonstrirte, ist seitens der öffentlichen Meinung unseres Vaterlandes gebührende Beachtung zu Theil geworden. Mit einem ebenso scharfen als charakteristischen Ausdruck des diesseitigen nationalen Empfindens ist, wie unsere Leser bereits wissen, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hervorgetreten, deren Abfertigung des „Temps" von allen patriotischen Deutschen Wort für Wort unterschrieben und hoffentlich zur Reinigung der politischen Atmosphäre beitragen wird. Zweifellos ist die ungeheure Mehrheit des französischen Volkes gegenwärtig von entschiedenster Abneigung wider Kriegsabenteuer beseelt. Ob dem, was das Verhältniß zu Deutschland anlangt, auch dann noch so sein würde, wenn der Krieg den Franzosen im Lichte eines wahrscheinlichen Gewinnes sich darstellte, kommt für den Augenblick nicht in Betracht. Die Nation will keinen Krieg, wendet aber gleichwohl ihre Sympathien den Umtrieben der „Patrietculiga" Deroulède's und allen analogen Bestrebungen zu, deren logischer und auch beabsichtigter Schlußact unabänderlich die Entfesselung der Revanche-Kriegsfurie bildet. In letztere Kategorie gehört auch der berüchtigte „Temps"-Artikel, gegen welchen sich die Verwarnung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" kehrt. Nach früheren, bei ähnlichen Anlässen gemachten Erfahrungen ist kaum daran zu zweifeln, daß man in Paris auch diesmal wieder den Erstaunten, den Harmlosen spielen wird, der nicht begreift, wie der schwerfällige deutsche Michel den Inhalt eines Zeitungsartikels, wofür jedwede officielle Verantwortung abgelehnt wird, zu einer Haupt- und Staatsaction aufbauschen möge. Es wäre aber wirklich rathsamer für unsere transvogesischen Nachbarn, sie unterließen endlich solche Ausflüchte, die weder hüben noch drüben ernst genommen werden. Gerade diejenigen Schichten der französischen Gesellschaft, aus denen der „Temps" seine Leser recrutirt, besitzen hinlängliche Urtheilsfähigkeit, um die symptomatische Tragweite richtig schätzen zu können, die dem Einschwenken ihres politischen Vertretungsorgans in die Reihen des Revanche-Kriegsapostels unter allen Umständen beiwohnt. Sie können sich daher nicht wundern, daß Deutschland aus dem demonstrativen Gebahren des „Temps" ungleich weitergehende Schlußfolgerungen zieht, als aus den mehr grotesken denn ernster Beachtung werthen Extravaganzen eines Deroulède und Genossen, und seine politische Verhaltungslinie entsprechend einrichtet.

* Zur kirchenpolitischen Lage wird dem „Hamburger Correspondent" aus Rom, 31. Juli, geschrieben:

Mit der Wiedereinsetzung der Kölner Dioecese ist der Einfluß Windthorst's auf immer zu Grabe getragen worden, vielleicht ohne sein Geist aber noch nicht „die fürchterlichste der Entdeckungen, und reifen wird er, wenn er sie gemacht". Mehrere seiner Parteigenossen haben eine Romfahrt unternommen in der Absicht, dem heiligen Vater und dem Fürsten der Kirche die Gründe auseinanderzusetzen, die es wünschenswerth machen, daß das durch den Papst verwaiste Katheder der Wahrheit und Weisheit nicht mehr von diesem Politiker verwaiste. Die Herren kommen freilich etwas spät, denn wie ich bereits früher berichtet habe, ist Leo XIII. der immerwährenden Hetzereien überdrüssig geworden und hat Windthorst's Freunden, den Jesuiten und den intransigenten Cardinälen zum Aerger, vier verhältnißmäßig gesinnte italienische Prälaten dem heiligen Collegium einverleibt. Noch ein paar solcher Cardinalschübe, und es ist mit ihrer Uebermacht zu Ende! Sie hatten sicher darauf gerechnet, daß die Worthführer Theodoli und Mocchi, welche seit langer Zeit auf den Purpur warten und die intransigente Partei verstärkt hätten, in das Collegium gewählt würden. Sie werden freilich dem Vorsitzenden voraussichtlich noch ferner das Leben schwer machen, und wenn er ihnen noch länger den Gehorsam verweigert, darf er sich auf die allerschlimmsten Dinge gefaßt machen. Der Wortlaut der Allocution, welche der Papst am verflossenen Montag an die Cardinäle richtete, ist ein anderer und stärker betonter gewesen als der, welchen die fierkalen Blätter mitgetheilt haben. Leo XIII. hat das Concept wesentlich abgeändert, ehe es dem Drucke übergeben wurde.

* Der von der Direction der Seewarte herausgegebene fünfte Jahresbericht über die Einrichtung und den Betrieb jenes, in der Welt der Wissenschaft zu hohem Ansehen gelangten Institutes verbreitet sich des Näheren über die Aufgaben, die der Anstalt im Jahre 1882 zugefallen und über den Fortgang, welchen die in den Bereich der wissenschaftlichen Forschung und der praktischen Thätigkeit fallenden Arbeiten desselben in dem genannten Zeitraum genommen haben. Aus den Mittheilungen der Direction geht hervor, daß die Organisation und Absendung der verschiedenen Expeditionen der internationalen Polarforschung ein hervorragendes Moment in den Annalen der Seewarte für das genannte Jahr gebildet habe. Verschiedene mit den Arbeiten der Polarcommission im Zusammenhange stehende Verrichtungen, Versuche und Beobachtungen gaben mehrfach die Anregung zu neuen Forschungs-Methoden. Mehrere Mitglieder der Südexpedition bereiteten sich vor dem Abgang auf die Station in dem Institut auf die wissenschaftlichen Aufgaben vor, die zu dem Kreis des ihnen vorgezeichneten Pensums gehörten. Der Lehrcursus der Seewarte umfaßt gegenwärtig außer der höheren Mathematik noch Instrumentenkunde, die Lehre von den Compassen an Bord der Panzerschiffe, die Betrachtung der nautisch-astronomischen Ortsbestimmungs-Methoden, die Lehre der Meteorologie und der Physik des Meeres. — Die Direction der preußischen Gewerbecommission hat sich vor längerer Zeit schon mit der Seewarte in Verbindung gesetzt zur Erörterung der Frage, in welcher Weise es möglich sei, die bei den Schießversuchen mit Gewehren sich ergebenden Unregelmäßigkeiten in den Resultaten festzustellen. Der Director der Anstalt hat darauf in mehreren Arbeiten nachgewiesen, auf welche Weise sich ein Erfolg dieser Untersuchung erzielen lasse, und hat seine Ansicht dahin zusammengefaßt, daß die Beobachtungen an einem mit selbst registrirenden meteorologischen Instrumenten ausgestatteten Observatorium vorgenommen werden müßten. Aus den Specialberichten über die Thätigkeit der einzelnen Abtheilungen ist die fernere Entwickelung, welche die maritimen meteorologischen Arbeiten nach den verschiedenen Richtungen hin genommen, zu ersehen. In diesem Theil werden die feuchtbringenden Ergebnisse aufgeführt, welche die auf die Anwendung der Lehre vom Magnetismus in der Nabigation bezüglichen Studien zu Tage gefördert, und werden auch die Beobachtungen über den Werth der Elemente des Erdmagnetismus zusammengestellt. Die genannten Berichte verbreiten sich ebenso über die Fortschritte auf dem Gebiet der Witterungskunde, sowie über die Wettertelegraphie, die Wettervorhersagen, die an die praktische Schiffahrt ertheilten Sturmwarnungen, die Thätigkeit des Chronometer-Prüfungsinstitutes, endlich über die literarischen Arbeiten und den wissenschaftlichen Verkehr der Seewarte im Jahre 1883.

* Verschiedene Gerüchte, wonach Sr. kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen bei seinem Aufenthalte in der Schweiz ein Unfall zugestoßen sein sollte, wurden bereits als völlig unbegründet bezeichnet. Ueber die Art des vermeintlichen Unfalls schreibt das Luzerner „Vaterland": „Am Freitag Morgen verbreitete ein mit dem Gotthardzuge angekommener deutscher Reisender im Centralbahnhofe von Basel die Nachricht, daß auf den deutschen Kronprinzen in Andermatt ein Attentat verübt worden sei. Diese Nachricht faßte sofort in der Stadt und auf dem badischen Bahnhof festen Fuß und rief Bestürzung hervor. Nach telegraphisch eingezogenen Erkundigungen erwies sich aber die Sache als eine Verleumdung, weshalb der betreffende Reisende polizeilich verfolgt wird. Die „Schweizer Grenzpost" erwähnt das Gerücht ebenfalls und setzt hinzu, in Basel sei außerdem das Gerücht verbreitet gewesen, auch gegen den Großherzog von Baden, der Sonnabend Nacht in Schopfheim eingetroffen, sei ein Attentat mit blutigem Ausgang verübt worden.

* * *

* Der Niederösterreichische Bauernbund hat schon vor den Reichsrathswahlen ein Programm entwickelt, das, so widersprechende Wünsche und Forderungen es auch in sich vereinigte, doch dem Gedanken der in Fluß gerathenen agrarischen Bewegung entsprach. Dieses Programm wird nun, durch eine Reihe neuer Puncte erweitert, neuerlich in einer Zuschrift an sämmtliche Landgemeinden Niederösterreichs mit dem Beifügen publicirt, daß die darin enthaltenen Forderungen des Bauernstandes in der nächsten Reichsrathssession durchgesetzt werden sollten. Die Agitation für dieses Programm soll sofort beginnen. Der Bauernbund kündigt an, daß demnächst schon zur ausführlichen Begründung dieses Programms in den meisten größeren Ortschaften Niederösterreichs Bauernversammlungen werden einberufen werden. Die 22 Wünsche des Bauernbundes lauten:

1. Erweiterung des directen Wahlrechtes mit Ständevertretung und Classeneintheilung, so daß jeder Stand sich selbst zu organisiren und Vertreter nur aus seiner Mitte zu wählen hat; 2. billige Ablösung der Grundbuchschuld durch den Staat; 3. Schaffung eines billigen Credits für den Bauernstand und den kleinen Handwerker; 4. Entlastung der minder bemittelten Bevölkerungsclassen, insbesondere von den indirecten Steuern, Herabminderung der Verzehrungssteuer, der Stempel und Gebühren, Einführung einer progressiv steigenden Classen- und Einkommensteuer; 5. Herabminderung des Armeehaushaltes in Friedenszeiten; 6. Schutzzoll gegen Ungarn, Anschluß an den Zollverein und Schutz gegen die Einfuhr aller die heimische Industrie und das Gewerbe schädigenden Producte des Auslandes; 7. Errichtung von Fach- und Fortbildungsschulen auf dem Lande und Gleichstellung der Lehrergehalte auf dem Lande mit jenen in den Städten; 8. Erweiterung der Gemeinde-Autonomie; 9. Beschränkung des Gerichtsvorbehaltes, Auflassung des Fideicommisse und Regelung des Secretariatswesens zu Gunsten der Angestellten; 10. Einführung von Lohn- und Preistarifen, Feststellung eines dem Culturstande entsprechenden Körnerpreises; 11. Verstaatlichung des Verkehrs- und Assecuranzwesens; 12. Herbeiführung einer billigeren und einfacheren Rechtspflege, Beseitigung des Legalisirungs-Zwanges und Auflassung des Notariats; 13. Erweiterung eines Heimstättengesetzes und Errichtung von Ackerbaukammern zur Hebung der Land- und Forstwirthschaft; 14. Einschränkung der Staatsausgaben; 15. Besserung eines Schnes in jeder Wirthschaft vom Militärdienste und Verbesserung der Mannschaftskost; 16. Hebung des Fabrikarbeiterstandes; 17. Beschränkung der Grafiendaffäre und des Großhandels, Beseitigung der Unmöglichkeit der Grafiendaffäre im Agentenwesen; 18. Uebertragung der Staatslieferungen an Genossenschaften der Producenten; 19. Verstaatlichung des Geld- und Creditwesens; 20. Einführung einer genauen landwirthschaftlichen Statistik; 21. Strengste Verbote gegen jede Verfälschung von Lebensmitteln, Abschaffung der Kunstwein- und Kunstfutter-Fabrikation; 22. Maßregeln zur Hebung des Kleingewerbes.

* Vor einiger Zeit wurde von den siebenbürgischen und rumänischen Blättern viel Aufhebens von einem ungarisch-rumänischen Grenzconflict gemacht, bezüglich dessen die Bukarester Regierung auf Grund der Berichte ihrer Organe auch diplomatische Reclamation zu erheben Veranlassung hatte. Nach einer Darstellung im „Pester Lloyd" war indeß der eigentliche Sachverhalt folgender: „Am 21. Juni hatte eine rumänische Patrouille, die sich widerrechtlich auf ungarischem Gebiete befand, daselbst eine, einem ungarischen Staatsbürger gehörige Heerde Schafe fortführt, welche Tags darauf von einem ungarischen Finanzwach-Respicienten und drei Finanzwachmännern auf ungarischem Gebiete den dieselbe bewachenden zwei rumänischen Soldaten wieder abgenommen wurde. Die beiden Dorebanzen wurden gleichfalls fortgeführt. Hierbei ist seitens eines dritten rumänischen Soldaten, der sich in der Nähe ebenfalls auf ungarischem Gebiete befand, ein Schuß auf die ungarischen Finanzwachmänner abgefeuert worden, den diese erwiderten, worauf jedoch der herbeigeeilte Finanzwach-Respicient seinen Leuten den weiteren Gebrauch der Waffe streng untersagte. Die beiden rumänischen Soldaten wurden am nächsten Tage nach erfolgter Eindernehmung wieder entlassen. Die rumänische Regierung hat denn auch die Richtigkeit dieses von der ungarischen Regierung erhobenen Sachverhalts zugegeben und die Berichte ihrer eigenen Organe als übertrieben und entstellt anerkannt. Die Affaire ist damit in gegenseitig befriedigender Weise ausgetragen worden."

* Einen Beitrag zur Charakteristik des griechischen Parlamentarismus liefert folgende Erzählung, welche der Athener Berichterstatter der „Politischen Correspondenz" mittheilt. Derselbe schreibt: „Während der jüngsten Berathungen der Kammer gab es auch stürmische, ja scandalöse Scenen, die, wenn sie sich öfter ereignen würden, ganz geeignet wären, das Parlament in den Augen des Volkes herabzusetzen. Eine solche Scene ereignete sich bei der Berathung des Gesetzentwurfes über die Abänderung der Verzehrungssteuer auf Wein. Es war 10 Uhr Abends, als derselbe zur Verhandlung gelangen und durchgepeitscht werden sollte. Der oppositionelle Deputirte Herr Eutaxias beantragte die Verschiebung der Berathung auf den nächsten Morgen. Zu solcher Stunde, sagte er, und nachdem die Kammer einen ganzen Tag hindurch bei einer Temperatur von 33 Grad Celsius gearbeitet, könne man eine so wichtige Vorlage unmöglich berathen. Die Deputirten seien nicht in der Lage, weiter fortzutagen. Da entgegnete Korizis von der Majorität: „Sie sind nicht in der Lage, zu berathen; wenn Sie betrunken sind, so gehen Sie und legen Sie sich aus." Als Herr Eutaxias mit einer Geberde voll Verachtung erwiderte, daß nur ein Irrsinniger so sprechen könne, da ging der Sturm los. Etwa 30 bis 40 Abgeordnete der Majorität stürzen sich auf ihren Collegen Eutaxias, bedrohen ihn mit ihren Stöcken und wollen ihn von der Tribüne herabreißen. Da ergreift der also Bedrohte die Sessel, um sich zur Wehre zu setzen, und es entsteht eine förmliche Balgerei; man hörte deutlich die Stockhiebe! Erst nach längerer Zeit gelang es dem Vorsitzenden, die Ruhe wieder herzustellen, worauf er dem Abgeordneten Eutaxias den Ordnungsruf ertheilte. Die Sitzung dauerte noch bis ¾1 Uhr nach Mitternacht."

* Wir geben nachstehend noch einen Beitrag zur Deutschenhetze. Die Pariser „Opinion" schickt einer novellistisch erzählten und offenbar auch so erfundenen besonderen Schandthat eines deutschen Officiers aus dem Kriegsjahre folgende allgemeine Betrachtungen über die Niederträchtigkeit des deutschen Volkes voraus:

„Nein, es giebt keine verächtlicheren Menschen, als die Deutschen, die 1870 wie ein Schwarm von Raben über unser liebes Vaterland hergefallen sind! Möge man nicht versuchen zu behaupten, diese hätten den Krieg geführt in derselben Art, wie jedes andere Volk an ihrer Stelle. Der Krieg soll darin bestehen, den Feind zu entwaffnen, ihn unschädlich zu machen, ja ihn zu tödten. Aber Krieg führen soll nicht bedeuten, den Feind zu plündern und zu brandschatzen, sobald sein Widerstand gebrochen ist. Das gesittete Volk der Deutschen, das vordem eines Schinderhannes zu seinen größten Berühmtheiten zählte, ist sich gleich geblieben. Dieses Gezücht von hannoverschen Juden und arabischen Straßenräubern sagte sich selber, daß der Krieg das beste Mittel sei, sich auf Kosten der Besiegten zu bereichern. Der bekannte Lieblingsgrundsatz des Herrn v. Bismarck: „Macht geht vor Recht" rechtfertigt ja alle Gemeinheiten und Schändlichkeiten. Wenn diese Räuber es noch bei den uns gestohlenen Provinzen hätten bewenden lassen; wenn sie uns blos geplündert und gebrandschatzt hätten überall, wo nur etwas zu rauben war; wenn sie sich damit begnügt hätten, unsere Denkmäler zu zerstören, unsere Tempel zu verwüsten und unsere Krankenhäuser niederzubrennen; wenn sie, mit einem Wort gesagt, einen ehrlichen Krieg geführt hätten, so würde man jetzt sagen können: „So schwer Frankreich auch heimgesucht worden ist, es ist reich genug, um seine Thorheiten und Fehler zu bezahlen." Aber nicht genug damit, daß ihre widerwärtigen Schaaren unsere Heimath überschwemmt und sich an dem Herde unserer Familien breit gemacht haben; sie hatten es auf noch mehr als unsere Ehre abgesehen, nämlich auf die Ehre unserer Töchter, unserer Mütter. Man möge nur ja nicht einwenden, daß es bei ihnen doch Unterschiede gebe, daß ein Bandit nicht wie der andere sei; sie haben alle dieselben Naturtrieb, dieselben Laster, dieselben Leidenschaften; der Deutsche ist nicht nur unser Erbfeind, das wilde Thier, welches muthig sein Leben schützt und den Gefahren trotzt; er ist die Giftschlange, das Gewürm, dem man den Kopf zertreten muß. Aber trotz alledem finden sich noch heute manche Franzosen, die so unwürdig dieses Namens sind, daß sie Mitleid mit dem deutschen Bettelvolk haben und ihnen Brod reichen, während viele unserer ehrlichen Landsleute dessen für ihre Kinder bedürftig sind. Es ist eine Schande! Diese Elenden haben nur zu bald die Lehre vergessen, die sie aus den von den Deutschen im Jahre 1870 verübten Verbrechen und Gewaltthaten gezogen haben. Möge der Himmel es verhüten; aber sie könnten selber die ersten Opfer werden, wenn der Tag der Rache